„Krisenlage bei den kommunalen Kliniken“

Schulterschluss von kommunal und konfessionell

Die wirtschaftliche Lage kommunaler Kliniken war schon 2013 angespannt. Die Defizite und die Verschuldung sind seither aber deutlich gestiegen. Die Gesamtsituation hat sich zu einer Krisenlage weiterentwickelt. Parallel wird der Fachkräftemangel zunehmend zum Problem.

Jährliches Optimierungspotenzial von 100 Millionen Euro

Schon 2013 war die zentrale Empfehlung, das medizinische Leistungsgeschehen stärker miteinander abzustimmen, um sowohl die Qualität der medizinischen Leistungen (Patientenwohl) als auch die ökonomische Situation der Krankenhäuser zu verbessern. Schon damals ermittelten wir ein jährliches Optimierungspotenzial von rund 100 Millionen Euro.

Mit der Gründung einer Holding zwischen kommunalem und konfessionellem Klinikum könnten Synergien in puncto Fachkräftemangel und demografischer Entwicklung geschaffen werden. Foto: BS/stock.adobe.com, VisualProduction

Dr. Ulrich Keilmann
leitet die Abteilung Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften beim Hessischen Rechnungshof in Darmstadt.
Foto: BS/privat

Elf Jahre und einige Reformen und Krisen später sehen wir ein ähnliches Bild: Die Leistungsportfolios wurden im Wesentlichen nicht stärker fokussiert und nicht miteinander abgestimmt. Das „Kirchturmdenken“ hält weiterhin an. Hinzu kommt: Das Optimierungspotenzial ist sogar auf 130 Millionen Euro jährlich gestiegen. Grob überschlagen hätten also seit 2013 rund eine Milliarde Euro eingespart oder idealerweise in eine bessere Patientenversorgung investiert werden können.

Die Kliniken sind weiterhin aufgefordert, ihre Leistungen stärker zu bündeln und mehr miteinander zu kooperieren, um sowohl das Patientenwohl zu stärken als auch die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen.

Beispielgebend dafür könnte eine (erst) im April 2024 angestrebte regionale Vernetzung zwischen dem Klinikum Darmstadt und dem Agaplesion Elisabethenstift werden.

Gemeinsame Holding mit bundesweitem Vorbildcharakter

Die geplante Gründung einer gemeinsamen Holding zwischen kommunalem Klinikum einerseits und konfessionellem Klinikum andererseits könnte einen deutschlandweiten Vorbildcharakter entwickeln. Neben den Entwicklungen in der stationären Versorgung könnten so ergänzende Synergien vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und der demografischen Entwicklung erzielt werden.

Lesen Sie mehr zu diesem Thema im Klinikbericht 2024, Hessischer Landtag, Drucksache 21/1147 vom 11. Oktober 2024. Der vollständige Bericht ist kostenfrei unter rechnungshof.hessen.de abrufbar.

Handlungsfähig trotz Schulden

Weniger Bürokratie – auch für die Rechnungshöfe

(BS/ecp) Euro-Bonds sind seit der Euro-Krise das Schreckgespenst deutscher Austeritätspolitik. Dennoch bekommt die Debatte über die Schuldenbremse in Deutschland angesichts anhaltender Rezession und Forderungen nach Generationengerechtigkeit immer wieder neuen Auftrieb. Aus Sicht der regionalen Rechnungshöfe in Europa (EURORAI) braucht es dringend zusätzliche Handlungsspielräume.

Der Präsident des Hessischen Rechnungshofes, *Dr. Walter Wallmann*, fordert: „Nachfolgende Generationen sollen nicht unsere Zeche zahlen. Hier gilt es aus meiner Sicht abzuwägen. Einerseits sollten Zins- und Tilgungsbelastungen für zukünftige Haushalte reduziert werden. Andererseits muss der Staat – insbesondere in Krisenzeiten – durch gezielte Investitionen die regionale Wirtschaft unterstützen, um somit auch Arbeitsplätze zu erhalten.“

Regelmäßiger Austausch über Maßnahmen

Der Erfahrungsaustausch der regionalen Rechnungshöfe in der Europäischen Union von Schweden bis Griechenland nimmt in Zeiten knapper Kassen und abnehmender Handlungsspielräume für politische Maßnahmen zu. Was an einer Stelle in der Fiskalpolitik und Prüfpraxis funktioniere, falle den Beteiligten an anderen Orten oft auf die Füße, so der Präsident von EURORAI (Europäische Organisation der Regionalen Externen Institutionen zur Kontrolle des Öffentlichen Finanzwesens), *Dr. Joan Roselló Villalonga. Roselló*, gleichzeitig Präsident des Rechnungshofs der Balearischen Inseln. Er unterstreicht, dass vor diesem Hintergrund der regelmäßige Austausch über die Maßnahmen zur externen öffentlichen Finanzkontrolle umso wichtiger sei.

Der Präsident von EURORAI, Joan C. Roselló Villalonga, der Direktor der 5. Kammer des Europäischen Rechnungshofes, Alejandro Ballester Gallardo, und die Europaabgeordnete Monika Hohlmeier (v.l.n.r.) diskutieren über unterschiedliche Einflussmöglichkeiten, um Handlungsspielräume zu schaffen. Foto: BS/Hessischer Rechnungshof

> „Um aktuelle und künftige Haushalts-Krisen zu bewältigen, ist es notwendig, Ausgaben zu reduzieren.“
>
> Dr. Walter Wallmann, Präsident des Hessischen Rechnungshofs

So trafen sich Anfang Oktober zum ersten Mal im über 32-jährigen Bestehen der Organisation auf Einladung des Hessischen Rechnungshofs und des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein die lokalen Rechnungshöfe der EU in Brüssel. Sie sendeten damit die klare Botschaft Richtung Brüssel, die Bedeutung der regionalen Ansätze nicht zu unterschätzen, warnten aber gleichzeitig vor überbordender Bürokratie bei der Verteilung von Fördermitteln. Für alle Beteiligten ist klar: Gut gemeinte politische Ziele dürfen nicht in aufwendig umsetzbaren Gesetzen und Normen und damit in zusätzlicher vermeidbarer Bürokratie münden. Auch *Monika Hohlmeier*, Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU) und ehemalige Kultusministerin aus Bayern, stimmt dem zu und betont, sie werde sich für geringere Bürokratieauflagen einsetzen. Auch müsse überall eine Vereinfachung durch Digitalisierung mitgedacht werden, so die stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses. In Dänemark müssen z. B. jegliche Gesetze Einsparungen durch Digitalisierung nachweisen, um verabschiedet werden zu können.

Schleppende Digitalisierung zeigt sich in den Prüfungen

Wie sinnvoll Austeritätspolitik ist, hat auch das Bundesverfassungsgericht mit der Stärkung der Schuldenbremse und klaren Regeln für die Neuverschuldung bestätigt. *Wallmann, neben der* Rechnungshofpräsidentin *Dr. Gaby Schäfer* aus Schleswig-Holstein diesjähriger Gastgeber von EURORAI, betont: „Um aktuelle und künftige Haushalts-Krisen zu bewältigen, ist es notwendig, Ausgaben zu reduzieren.

> „Nachfolgende Generationen sollen nicht unsere Zeche zahlen.“
>
> Dr. Walter Wallmann

Hier müssen alle Aufgaben und Ausgaben auf den Prüfstand. Wir müssen klar priorisieren und uns dabei fragen: Was können wir uns aktuell noch leisten? Dabei werden auch wünschenswerte und sinnvolle Projekte voraussichtlich erst mal zurücktreten müssen.“ Aus seiner eigenen Erfahrung zeige sich die „die schleppende Digitalisierung der Verwaltung“ in vielen Prüfungen. Die derzeitige „Komplexität der Regelungen führt zu vermeidbarer Bürokratie und erschwert die Digitalisierung enorm. Dies ist ein deutlicher Nachteil für den Standort Deutschland insgesamt“, betont Rechnungshof-Präsident *Wallmann*.

EU–Finanzkontrolle

Die Europäische Organisation der Regionalen Externen Institutionen zur Kontrolle des Öffentlichen Finanzwesens, kurz: EURORAI, ist ein Kooperationsprojekt von regionalen Einrichtungen der öffentlichen Finanzkontrolle in Europa, das einen Rahmen für Erfahrungsaustausch bietet und damit dazu beiträgt, auf dem gemeinsamen Gebiet der Prüfung der öffentlichen Finanzen in den jeweiligen Regional- und Kommunalverwaltungen Fortschritte zu erzielen, um zu einer besseren Verwendung öffentlicher Mittel zu gelangen.